

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 18. Oktober 2021; Bericht**

---

Am 18. Oktober 2021 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Golfregion, Östliche Partnerschaft, Äthiopien und Nicaragua.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden Afghanistan, Tunesien, Westbalkan, Klimadiplomatie, Türkei/Varosha, USA, Belarus, Mali, Libyen sowie der EU-Israel-Assoziierungsrat angesprochen.

---

In der Diskussion um den Westbalkan hat mein Amtsvorgänger Michael Linhart die strategische Bedeutung der Region für die Europäische Union sowie die Wichtigkeit einer europäischen Perspektive betont. Weiters hat er auf seinen ersten Auslandsbesuch in seiner neuen Funktion als Außenminister in Bosnien und Herzegowina, wo die Situation sehr kritisch ist, verwiesen. Eine eingehende Diskussion über das EU-Engagement in der Region bei der nächsten RAB-Tagung wäre daher begrüßenswert.

---

In Bezug auf Varosha hat er Österreichs volle Solidarität mit Zypern betont und darauf verwiesen, dass keine Absicht der Türkei zu erkennen ist, den eingeschlagenen Kurs zu ändern.

---

Gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten hat mein Amtsvorgänger Michael Linhart in der Diskussion um Belarus darauf verwiesen, dass die Instrumentalisierung von illegaler Migration als Waffe gegen die Europäische Union völlig inakzeptabel ist und volle Solidarität mit den baltischen Staaten und Polen betont. Darüber hinaus hat er sich in diesem Zusammenhang unterstützend zu weiteren gezielten und rechtlich soliden Sanktionen geäußert.

Zum Tagesordnungspunkt Golfregion berichtete HV/VP Josep Borrell über seinen jüngsten Besuch in Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien. Er erklärte, dass die EU-Beziehungen zum Golfkooperationsrat (GCC) u.a. durch die Einberufung eines Gemeinsamen EU/GCC-Kooperationsrates im ersten Halbjahr 2022 wiederbelebt werden sollen. Weiters sollen die Sondierungsgespräche zu einem möglichen Freihandelsabkommen fortgesetzt werden. Außerdem verwies HV/VP Borrell auf die bestehenden Menschenrechtsdialoge mit den meisten GCC-Staaten, die geplante Eröffnung neuer EU-Delegationen in der Region sowie die für Frühjahr 2022 angekündigte Gemeinsame Mitteilung zur Golfregion. Die EU-Mitgliedstaaten begrüßten eine Stärkung der Beziehungen zur gesamten Golfregion unter Verweis auf deren geopolitische Relevanz (nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Ereignisse in Afghanistan) und nannten v.a. die folgenden Themen als wichtige Kooperationsbereiche: Sicherheit, Handel, Klima/Umwelt, Digitalisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Migration. Abschließend drückte HV/VP Borrell die Hoffnung aus, möglichst bald zu Gesprächen im Rahmen des JCPOA zurückzukehren.

Zur Östlichen Partnerschaft (ÖP) betonte HV/VP Borrell die hohe Erwartungshaltung der Partnerländer und die Notwendigkeit eines erhöhten EU-Engagements in Vorbereitung der anstehenden Treffen der Außenministerinnen und Minister sowie Gipfeltreffen der ÖP. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten forderten ein höheres Ambitionsniveau der EU. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten betonten das nötige Engagement der Partnerländer bei Reformen auf Basis gemeinsamer Werte (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte).

Im Rahmen des Tagesordnungspunkts Äthiopien berichtete HV/VP Borrell über die anhaltenden negativen Entwicklungen im Land. Unter Verweis auf die am 1. November 2021 erfolgte Veröffentlichung des gemeinsamen Berichts des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und der äthiopischen Menschenrechtskommission, stellte er als nächsten Schritt Maßnahmen unter dem Globalen Menschenrechtssanktionsregime in den Raum. Die Kommissarin für Internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, informierte über die gemeinsame Reise mit der EU-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika, Anette Weber, nach Addis Abeba. Die EU-Mitgliedstaaten betonten die Forderungen nach ungehindertem humanitären Zugang, Einstellung der Feindseligkeiten, nationalem Dialog, Ermittlungen sowie Rechenschaftspflicht. Eine Reihe von EU-Mitgliedsstaaten sprachen sich (wenn auch nuanciert in Bezug auf einen graduellen Ansatz und das Abwarten des oben genannten Berichts) für Sanktionen aus. HV/VP schlussfolgerte, dass man nach Veröffentlichung des Berichts mit der Vorbereitung von Sanktionen fortfahren werde.

Zu Nicaragua erklärte HV/VP Borrell, dass das Regime von Präsident Daniel Ortega im Vorfeld der Wahlen am 7. November 2021 immer autoritärer agiere und Regierungskritiker, Opposition sowie Medien massiv unterdrücke. Die Wahlen würden weder fair noch frei ablaufen. HV/VP Borrell verwies auf Optionen zur Veröffentlichung einer gemeinsamen EU-Erklärung nach den Wahlen, die Erwägung weiterer restriktiver Maßnahmen/Listungen, Fortsetzung der EU-Unterstützung für die Bevölkerung/vulnerable Personengruppen, Aussetzung des Handelsteils des Zentralamerika-Assoziierungsabkommens gegenüber Nicaragua sowie die Einschränkung internationaler Finanzhilfe. Die EU-Mitgliedsstaaten unterstützten die Ausführungen von HV/VP Borrell und betonten die Signalwirkung des Vorgehens der EU zu Nicaragua für andere lateinamerikanische Staaten sowie die Notwendigkeit einer engen Abstimmung mit den USA, Kanada und gleichgesinnten Partnern in der Region.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Bosnien und Herzegowina/Operation EUFOR ALTHEA an.

Zusätzlich wurden unter anderem vom Rat angenommen:

- Beschluss des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und mit ihnen verbündete Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen – Überprüfung
- Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Zentralafrikanische Republik – Umsetzung der VN-Maßnahmen
- Beschluss des Rates über das Personalstatut des Satellitenzentrums der Europäischen Union

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Jänner 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister